

# Politik, Postpolitik, Kosmopolitik

*... eine Art Doppelrezension zur Einführung*  
*herrschaftskritik.org – 29.08.2015*

Vorausgesetzt, es gibt eine grundlegende Idee von Gewaltenteilung und parlamentarischer, bzw. repräsentativer Politik (Schulwissen), ein Idee von der Vielfalt und den Zielen linker sozialer Bewegungen (Veranstaltung 5 und 6), von Staat und Staatlichkeit (7), und Kapitalismus (8) ... möchte ich nun 2 Texte über „Politik“ empfehlen. Mit diesen lernen wir grob „Politik“ und das „Politische“ zu unterscheiden. Außerdem werden wir ein wenig in die wichtige Debatte um den Begriff „Postpolitik“ eingeführt. Vor allem aber geht es um Kosmopolitismus, also die Idee, statt patriotisch oder nationalistisch doch lieber ein\_e Weltbürger\_in zu sein. Im Folgenden wird sicher deutlich, dass diese einfache Definition bei weitem nicht ausreicht. Es geht letztlich um die Frage, wie sinnvoll es ist sich heute als Kosmopolit\_in zu verstehen.

Zunächst Chantal Mouffes (2007) klare Antwort „Über das Politische – Wider die kosmopolitische Illusion“. Dieses kleine Büchlein erfordert etwas Überwindung beim Lesen, da es akademische Diskussionen aufgreift, die selbst den meisten politisch Aktiven eher nicht bekannt sein dürften. Dennoch führt es brauchbar in die sozialtheoretische Debatte um die Idee des Politischen und die Ziele von Politik ein – eine denkbar wichtige Debatte für alle, die gründlich (radikal) sein wollen in ihrem politischen Engagement. Chantal Mouffe argumentiert nur wenig empirisch aber dafür logisch stark und pointiert. Sie kritisiert vor allem den sehr erfolgreichen Liberalismus nach 1970. Ihre Kritik ist für Linke sowohl anknüpfungsfähig, als auch hin und wieder anstößig.

Nach einer ausführlichen Einleitung beginnt sie mit der Unterscheidung von Politik (Praktiken) und dem Politischen (Handlungsfeld und Regeln der Politik). Sie will darauf hinaus, dass das Politische immer eine Sphäre des Antagonismus (Streit) war, und auch bleiben wird. Sowohl an Liberale als auch linksradikale Utopisten gerichtet sagt sie, es ginge nicht darum den Konflikt (an sich) ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen, sondern um die Art, wie wir Konflikte austragen. Es geht ihr um die Rettung der Demokratie und den Schutz von Minderheiten – durch ein Auffangen von Antagonismen im demokratischen Spektrum. So brandmarkt sie die heute weit verbreitete Konsenspolitik als unpolitisch (postpolitisch) und als (Selbst-) Täuschung. Statt echte politische Alternativen zu formulieren, werden Entscheidungen von Experten sachlich-moralisch verhandelt, d.h. als richtig oder falsch, gut oder schlecht, eingestuft. Das hätte mehrere fatale Folgen. Konsequenzen dieser Schein- oder Postpolitik sind, dass, zum Einen, die Rolle der Emotionen in der Politik ignoriert würden (die Anziehungskraft der Masse, der charismatischen Leitfiguren), zum Anderen, dass Aspekte von Macht und Herrschaft ausgeblendet werden. Am stärksten betont sie, dies würde zu einer Radikalisierung und erhöhten Anziehungskraft jener führen, die als die Bösen (Schlechten) von der Konsenspolitik ausgeschlossen würden (Rechtspopulismus, Terrorismus). Das ist für das Aufkommen des Rechtspopulismus in Europa nachvollziehbar. Im Bezug auf den internationalen islamistischen Terrorismus fehlen jedoch ausreichend historisch-empirische Argumente. Dass der Fundamentalismus vor dem Ende des Kalten Krieges wenig sichtbar war, heißt schließlich nicht, dass er zu jener Zeit keine Rolle spielte. Postpolitik als Ursache von islamistischem Terrorismus - also der Verlust von echter Opposition im demokratischen Spektrum als Ursache der Militarisierung des radikalen politischen Islam - ist bestenfalls eine stark eingeeengte Sichtweise. In dieser Theorie bleiben z.B. religiöse Aspekte, innenpolitische Entwicklungen der Kernländer, regionale Konflikte, sowie geostrategische Interessen der Großmächte völlig außen vor.

Das Buch wirft jedoch wichtige Fragen auf und formuliert eine wichtige Kritik an stark etablierten linksliberalen Denken: Nicht das Konsensprinzip ist elementar ist für emanzipatorische Politik,

sondern die tatsächlichen Handlungsspielräume emanzipatorischer Akteure. Diese werden paradoxer Weise durch die Entpolitisierung der Entscheidungsfindung im staatlich gesteuerten Konsensverfahren stark eingeengt. Leider bezieht Mouffe wenig aktuelle kritische Machttheorie und Ökonomiekritik ein. Sie läßt außen vor, inwiefern bestimmte Soziale Gruppen in besonderem Maße das postpolitische Denken repräsentieren (Manager\_innen, Beamte), und warum sie dies tun. Sie ignoriert, dass vor Wahlen immer wieder erkennbar wird, dass linke wie rechte Politiker\_innen und Parteien tatsächlich versuchen sich als deutlich Links oder Rechts zu profilieren. Wie und warum sie spätestens nach der Wahl daran scheitern wäre interessant, denn ohne eine solche Analyse geht Mouffe's Aufruf zu linkerer Politik im Parlament leider ins Leere.

Ihre zweite wichtige Einsicht ist, das Kosmopolitismus, also die Idee der globalen Gültigkeit bestimmter (westlicher) Werte dazu verdammt ist, das Gegenteil zu bewirken, wenn sie (ausssen-) politisch durchgesetzt werden – dass also universalistische Projekte mit konkreten Forderungen immer imperialistisch sein müssen, sobald sie praktisch werden. Sie spricht sich deshalb zum einen für einen Universalismus der rein negativen Kritik aus (also ohne konkrete Forderungen wie zum Beispiel der Durchsetzung der Menschenrechte) – zum anderen für eine multipolare Weltordnung, die auf internationaler Ebene die Formulierung von echter Opposition ermöglicht. Mouffes Übertragung von Innen- auf Außenpolitik erscheint aber unausgereift – wie schon ihre These zu Postpolitik und Terrorismus. Die stark unterschiedlichen Voraussetzungen von Innen- und Aussenpolitik bleiben in der Konsequenz unbeachtet. Sie macht auch keinen Unterschied zwischen Politik auf Regierungsebene und der Politik linker Basisbewegungen. Von Regierungen wird die Forderung nach Menschenrechten mit geostragischen Militärinterventionen verknüpft wird. Linke Basisgruppen sind weit davon entfernt, irgendwo mit einer Armee einzumarschieren.

Daraus läßt sich schließen, dass eine Rettung des Kosmopolitismus als globale Politik und Ethik für eben jene Basisbewegungen möglich und notwendig ist, dachte sich auch James D. Ingram, und veröffentlichte 2013 das Buch „Radical Cosmopolitics“. Leider nur auf Englisch erfüllt es sehr viele Wünsche, die mir beim Lesen des Titels in den Sinn kamen. Die Sprache ist zumeist einfach. Der Aufbau im Ganzen, wie auch der einzelnen Absätze und Sätze, ist klar und verständlich. Er präsentiert seine Argumente zunächst kurz und einfach und entfaltet sie dann schrittweise, sodass die Leser\_in fast immer behutsam in die tiefere Analyse hineingeführt wird. Gelegentlich wird es anstrengend dem theoretischen Text zu folgen, aber der Inhalt ist die Mühen wert. Ingram zeigt Bodenhaftung in dem er im ersten Hauptteil gründlich den notwendigen historischen Kontext von Kosmopolitismus erarbeitet. Er ist fokussiert und konsequent in der Kritik des etablierten Kosmopolitismus (von Oben). Im Zweiten Hauptteil will er ihn quasi den Eliten entreißen. Er arbeitet dazu eine radikale Kosmopolitik heraus, die untrennbar mit dem Kampf von Basisbewegungen um Gleichheit und Freiheit verbunden ist.

Die Kritik am Kosmopolitismus der Eliten baut er sehr gründlich auf. Ingram zeigt, dabei sowohl die Aspekte auf, die sinnvoll und für die Zukunft wichtig erscheinen, als auch jene, die den Kosmopolitismus zur Ideologie der Herrschenden machten. Die historische Begriffsanalyse geht weit zurück, beschränkt sich aber auf wesentliche Punkte für die heutige Debatte. Zum Beispiel erläutert er wie die Stoiker zum Beginn der neuen Zeitrechnung bereits progressive Ideen einer friedlichen Welt mit der Unterstützung des römischen Imperialismus verbanden – Oder wie sich später die Kosmopoliten der Aufklärung als kleine verschworene Gruppe von Erleuchteten abgrenzten vom Rest der Welt, und dabei zum Gelderwerb stets den Herrschenden unterwarfen. Es werden auch die beiden wichtigsten allgemeinen Voraussetzungen des Kosmopolitismus deutlich: Zum einen das schrittweise *Zusammenwachsen der Welt*, als Resultat von diversen Imperialismen, dem Handel und später dem Siegeszug des Kapitalismus - und zum Anderen die *Idee von der einen Welt*, von der Gleichwertigkeit aller Menschen - eine Idee, die ohne den Siegeszug der großen Weltreligionen kaum eine solche Verbreitung gefunden hätte (Ingram nennt nur das Christentum).

Der Kosmopolitismus wie er heute verbreitet ist hatte seinen Höhepunkt zum Ende des 20. Jhd. – mit dem Ende des Kalten Krieges und dem scheinbaren 'Ende der Geschichte'. Nun im 21. Jahrhundert wird er wieder zunehmend kritisch beäugt. Der Grund, warum Ingram den Kosmopolitismus nicht komplett verwerfen will sind dessen drei Kernelemente: a) gleiche Freiheit und Würde für alle, b) individuelle und kollektive Selbstbestimmung, c) Weltweite Ordnung von Frieden und Gerechtigkeit. Wenn aber diese abstrakten ethisch-politischen Ansprüche in konkretes Handeln übersetzt werden, geht es weit auseinander, erläutert er. Linke wie rechte, und vor allem marktliberale Positionen finden sich in diesem Spektrum wieder - eine direkte und eindeutige Ableitung politischer Konsequenzen ist scheinbar nicht möglich ist.

Als unbestritten gilt, dass Politik heute auf jeder Ebene unweigerlich global ist, und, dass diese Welt asymmetrisch, also von Ausbeutung und Herrschaft durchzogen ist. Deshalb kommt gerade für linke Kräfte darauf an, eine klare Trennlinie zwischen Politik von Oben und Politik von Unten zu ziehen. Bottom-Up Politik, der Kampf um Gleichheit und Freiheit durch die Unterprivilegierten selbst ist das eigentlich Politische, der Kern von Demokratie. Ein logischer, schlüssiger Kosmopolitismus kann nur ein Projekt der Selbstbefreiung sein. Damit erübrigen sich auch die philosophischen Debatten darüber, ob und wie nun der alles umschließende Weltstaat zu gründen sei, um die Menschenrechte für alle durchzusetzen. Der Text ist nachvollziehbar und argumentiert schlüssig bis hier. Mehr Beispiele und die Verwendung starker empirischer Quellen könnten ihn weiter aufwerten.

Im Teil 6 leitet Ingram eine Menschenrechtspolitik von Unten her. Wie das ganze Buch ist auch dieser Teil stark sozial- und wissenschaftstheoretisch. Mit viel zitierten Autor\_innen wie Hannah Arendt, Étienne Balibar und Jacques Rancière kommt er zu dem Ergebnis, Menschenrechtspolitik ist DAS universalistische Projekt schlechthin. Damit verknüpft ist DER Kern von Universalismus: Die abstrakte, rein negative Forderung nach universeller gleicher Freiheit, bzw. freier Gleichheit (Equaliberty). Rein negativ formuliert geht es also um eine weltweite Bekämpfung von Ungleichheit und Unfreiheit – radikale Kosmopolitik ist laut Ingram also globale emanzipatorische Politik.

Der größte Fehler ist nun Menschenrechtspolitik als die Verbreitung konkreter (westlicher) Menschenrechtsgesetze und Organisation zu denken, denn in dieser Form verbindet sich Kosmopolitismus mit Imperialismus, bzw. die Verteidigung westlicher Werte mit geostrategischen Kriegen. Nicht im Konsens darüber was zb. Menschenrechte sind (als konkrete Gesetze), sondern gerade im Dissens, in der lokalen Interpretation, im lokalen Kontext verortet, liegt das Politische in der Menschenrechtspolitik. Es geht darum, die etablierte Ordnung, auch im Sinne von Staatsgrenzen, in Frage zu stellen. Ohne diesen tatsächlichen Kampf um die Ausweitung der Menschenrechte (mit der Idee der Equaliberty im Hintergrund), ist Menschenrechtspolitik hohl, sinnentleert und bewirkt oft das Gegenteil, nämlich die Expansion der bestehenden Herrschaftsordnung, z.B. im Rahmen militärischer Interventionen (Irak, Afghanistan, Lybien).

Tatsächlich haben Menschenrechte und Demokratie viel gemeinsam: Sie können z.B. beide nicht erzwungen werden. Wenn sie nicht als die Eigenen erkannt, bzw. erkämpft wurden, werden sie auch nicht wert geschätzt und verteidigt, bzw. ausgeweitet. Sie bleiben ein hohles Gerüst, hinter dem die eigentlichen Prozesse verborgen bleiben sollen. Das bedeutet auch, wirksame Menschenrechtspolitik erfordert günstige Umstände – ein demokratisches Innenleben - zum Beispiel die Existenz von emanzipatorischen Akteuren, und von Handlungsspielräumen für diese Akteure.

Ingram schließt also den zweiten Hauptteil, indem er sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit für eine Kosmopolitik von Unten als ausreichend begründet sieht. Hier werden allerdings wieder die Grenzen von reiner Theorie deutlich, da Ingram versäumt zwei wichtige

empirische Fragen zu formulieren, die sich ergeben: a) Wer sind diese emanzipatorischen Akteure? Und b) Wie können sie wirksam handeln? Eine rein theoretische Möglichkeit für Menschenrechtspolitik von Unten ist letztlich wenig überzeugend, vielleicht sogar irrelevant, wenn bedacht wird, dass die potentiellen Leser\_innen eher der globalen Elite angehören. Es wird diesen leicht fallen zu entgegnen, 'sie haben recht Herr Ingram, aber da es Kosmopolitik von Unten nicht gibt, müssen wir die Widersprüche unseres Eliten-Kosmopolitismus wohl aushalten.' Ein Problem das Ingram selbst anhand der Debatte um Martha Nussbaums kosmopolitischen Aufruf (*Patriotism and Cosmopolitanism*, 1996) diskutiert. Weiter führt hier nur ein echter Realitätscheck entlang der eben genannten Fragen. Aber ein solcher ist deutlich aufwendiger als Ingrams theoretische Herleitung einer Kosmopolitik von Unten. Zunächst stellt sich hier die Frage, was als 'real' gelten kann. Ingram greift auch dieses Problem auf, und versucht es pragmatisch zu lösen. In seinem Schlussteil schlussfolgert er, das Hauptproblem des heutigen Kosmopolitismus sei ein Mangel an Realismus, wie bereits verschiedene realistische Denkschulen formuliert haben. In der kurzen Darstellung und Kritik dieser Denkschulen umreißt Ingram nur sehr grob einen zeitgemäßen Realismus. Was fehlt ist die Einbettung der Idee der Kosmopolitik von Unten in eine zeitgemäße Konzeption von (kritischem) Realismus. Natürlich wäre dafür kein Raum am Ende eines Buches, da es ein für sich äußerst umfangreiches Projekt ist, in dem die Kritik am naiven pseudo-neutralen Realismus der vergangenen Jahrhunderte, sowie am Antirealismus der letzten Jahrzehnte, einfließen müsste. Wie im ersten Teil der Veranstaltungsreihe gezeigt, ließe sich diese Aufgabe bereits durch das Zusammenführen von M. Bunges gründlicher realistischer Wissenschaftstheorie (*Chasing Reality*, 2006) und der feministischen Wissenschaftskritik von D. Haraway (*Situated Knowledges*, 1988) bewältigen.

Auf einem solchen Realismus aufbauend bedarf es einer Annäherung an die Bedeutung und Formen von Macht und Herrschaft. Schließlich geht es bei Kosmopolitik von Unten um einen Kampf gegen Ungleichheit und Unfreiheit. Da sollte wir zunächst klären, was da genau vor sich geht und im Argen liegt, bzw. welche Handlungsspielräume unter welchen Bedingungen bestehen - für die Oben, wie für Jene ganz unten. Direkt anknüpfend ist auch sinnvoll, das Projekt der Emanzipation historisch, theoretisch und empirisch zu durchdringen. Ingrams Anspruch der Verknüpfung mit den realen Kämpfen würde dann durch die Beantwortung eben jener beiden Fragen (Wer sind diese emanzipatorischen Akteure? Wie können sie wirksam handeln?) umgesetzt. So könnte müsste erst nachgewiesen werden, dass Kosmopolitik von Unten, also globale emanzipatorische Politik nicht nur notwendig und denkbar, sondern auch realistisch ist.

Mouffe, Chantal (2007) *Über das Politische - Wider die kosmopolitische Illusion*. Suhrkamp, Frankfurt/Main

James D.Ingram (2013) *Radical Cosmopolitics - The Ethics and Politics of Democratic Universalism*. Columbia University Press, New York